

Kostenlose Sonderausgabe zum 1. Mai 2018

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Eine Frage der Klasse: Von der Alltagsarbeit einer Basisgewerkschaft



Die FAU-Berlin feiert im April 2018 ein besonderes Jubiläum. 10 Jahre sind seit dem Neustart vergangen, der die Grundlage dafür bot, dass sie von einer Ideenorganisation zu einer Basisgewerkschaft mit knapp 500 Mitgliedern geworden ist. Damit hat sie die Stärke erreicht, die die historische FAUD am Ende der Weimarer Republik hatte. Doch wichtiger als die Mitgliederzahl ist die Verankerung an den Arbeitsplätzen. Aktuell führt die FAU in sieben Fällen Arbeitskämpfe. Da gab es in den letzten Monaten sehr unterschiedliche Konflikte.

Nehmen wir den bei vielen Linken beliebten Club S036. Dort haben sich einige Mitarbeiter*innen in der FAU-Betriebsgruppe organisiert und forderten mehr Mitbestimmung bei der Arbeit. Dabei konnten sie Lohnnachzahlungen erkämpfen. Doch mittlerweile sind die Mitglieder der Betriebsgruppe gekündigt oder haben das S036 selber verlassen. Der Konflikt macht deutlich, dass auch in linken Clubs gewerkschaftliche Organisierung nicht immer willkommen ist, die FAU aber auch dort den Konflikt nicht scheut. Das ist ein Bruch mit den Szene-Gewohnheiten, wo oft zu Ausbeutung und Niedriglöhnen in „Szeneeinrichtungen" geschwiegen wird. Die FAU lässt sich hingegen von dem Grundsatz leiten, dass miese Arbeitsbedingungen und Ausbeutung an jedem Arbeitsplatz angegriffen werden müssen. So könnte der Arbeitskonflikt im S036 auch Beschäftigte in anderen Szeneläden zum Ende der Bescheidenheit ermutigen, wenn es um Löhne und Arbeitsrecht geht.

Riders Unite!

Kämpferische Beschäftigte gibt es mittlerweile auch in Branchen, die lange Zeit als schwer organisierbar galten. Dazu gehören Kurierfahrer*innen von Deliveroo und Foodora, die sich in der Deliverunion-Kampagne zusammengeschlossen haben, die nicht nur ein großes Medienecho ausgelöst hat. Auch in Teilen der DGB-Gewerkschaften gab es Solidarität. So übermittelte die Taxi-AG der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi während einer Protestaktion der Deliverunion eine Grußadresse. Dort betonte sie, dass sie den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen über alle Gewerkschaftsgrenzen solidarisch unterstützten. Zudem machte der Kollege der Taxi-AG darauf aufmerksam, dass sowohl Kurier- wie auch Taxifahrer*innen über die Apps einer besonderen Kontrolle und Überwachung am Arbeitsplatz ausgesetzt sind.

Hier bieten sich sicher Möglichkeiten eines Agierens über Gewerkschaftsgrenzen hinweg an. Dass Deliveroo bei der von der Initiative Arbeitsunrecht ausgelobten Aktion „Freitag, der 13." die Abstimmung deutlich gewonnen hat, ist auch ein Verdienst der FAU-Berlin. Kämpferische Kolleg*innen haben mit dafür gesorgt, das Deliveroo deutlicher als erwartet, für den Negativpreis als das Unternehmen ausgewählt wurde, welches federführend bei Union Busting und Ausbeutung ist. „Shame on you, Deliveroo" heißt die klare und einfache Parole, die in der nächsten Zeit sicherlich noch häufiger zu hören sein wird. Die Deliverunion-Kampagne hat einen besonderen Stellenwert, weil sich hier mobile junge Beschäftigte organisieren, die lange Zeit als unorganisierbar galten. Die FAU scheint hier mit ihren basisdemokratischen Strukturen der richtige Ansprechpartner zu sein. Mittlerweile sieht man häufiger FAU-Aufkleber auf den charakteristischen Taschen mit den Namen der Lieferdienste. Das ist ein wichtiges Zeichen dafür, dass die FAU in der Branche als Gewerkschaft anerkannt ist. Dass mittlerweile in verschiedenen Berliner Medien die FAU mit ihrem Selbstverständnis als Basisgewerkschaft benannt wird, ist ebenfalls ein gutes Zeichen dafür, dass der Kampf der FAU auch auf schwierigem Terrain der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nicht erfolglos ist.

Natürlich gab es in den letzten Monaten für die FAU auch Niederlagen bei Arbeitskämpfen.

Gegenangriff vom Boss

Beispielsweise beim Bildungswerk des Schwulen- und Lesbenverbands Berlin (BSLV). Obwohl die Beschäftigten hochmotiviert in den Kampf gingen, konnten sie nicht gewinnen,

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

weil der Chef einen Großteil der Kritiker*innen entließ. In einem Abschiedsbrief zogen sie dieses bittere Resümee:

„Der Feldzug des LSVD gegen die eigenen Mitarbeiter*innen und damit gegen jahrelange Erfahrung, Expertise und Netzwerkzugehörigkeiten endet in einem Trümmerfeld. Um unsere gute Arbeit für sinnvolle und wichtige Projekte zu sichern, forderten wir einen Tarifvertrag mit minimalen Standards, die in der restlichen Arbeitswelt selbstverständlich sind. Als Antwort darauf, erfolgte ein breit angelegter Kahlschlag bei der Belegschaft, an dessen Ende manche Projekte (Regenbogenfamilienzentrum, Respekt Gaymes, Community Games) gänzlich ohne Mitarbeiter*innen dastanden. Der Preis, der damit für eine weitgehend neue und damit gefügigere Belegschaft bezahlt wird, lässt ahnen, dass es der Führung des LSVD mehr um sich selbst, als um die Projektarbeit geht.“

Doch in der Bilanz machen die nun ehemaligen BSLV-Mitarbeiter*innen deutlich, dass sie trotz der Niederlage in der Auseinandersetzung wichtige Erfahrungen gemacht haben. „Der Konflikt ist als Klassenkonflikt zu begreifen, in dem die Arbeitgeber bewusst die Belegschaft in prekärer Beschäftigung ohne jegliche Chance zur Mitbestimmung halten, um so eine größtmögliche Machtposition zu behalten. Aber auch beim Umgang miteinander geht es um Klasse.“

Wenn Kolleg*innen nach einem Arbeitskampf in einer Branche, in der so viel von Toleranz und Respekt geredet wird, diese Werte aber am Arbeitsplatz täglich missachtet werden, diese Erkenntnis mitnehmen, hat sich der Kampf gelohnt.

Diese Erfahrung mussten auch die rumänischen Bauarbeiter machen, die auf dem Berliner Nobelprojekt Mall of Berlin um ihren Lohn betrogen wurden. Gemeinsam mit der FAU gingen sie an die Öffentlichkeit und sorgten dafür, dass das Projekt als „Mall of Shame“ bekannt wurde. Obwohl die Beschäftigten auch mehrere juristische Klagen gewonnen haben, bekamen die Bauarbeiter ihr Geld noch immer nicht. Dafür sorgte das Firmengeflecht mit Sub- und Subsubunternehmen, die insolvent waren, wenn sie zur Zahlung der ausstehenden Löhne verurteilt wurden.

Doch die Klagen gehen weiter, nun gegen den Generalunternehmen der Mall of Berlin. Der juristische Kampf geht weiter und es wird auch immer wieder Gelegenheit geben, auf der Straße die Parole zu skandieren „Mall of Shame – Pay your Workers“.

Peter Nowak



Einen gewerkschaftlichen Feminismus entwickeln

Die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit von Frauen, die im Durchschnitt schlechter bezahlte berufliche Arbeit von Frauen und Transpersonen sowie die gesellschaftliche Unterdrückung allgemein sollten in jeder Gewerkschaft zu einer besonderen Beschäftigung mit Geschlechterverhältnissen führen. In der FAU wird an verschiedenen Stellen versucht, eine gewerkschaftlich-feministische Strategie zu entwickeln.

Seit 2016 besteht bei der FAU Berlin eine offene Beratungsstelle zu Sexismus am Arbeitsplatz. Sie bietet Unterstützung in Fällen sexueller Belästigung und bei sexuellen Übergriffen an und hat mehrere v.a. migrantische Arbeiter*innen dahingehend beraten.

Seit 2017 gibt es in der FAU Dresden die AG Feministische Kämpfe, die u.a. die Frauenkampftagsdemonstration zur Frauen-JVA Chemnitz unterstützt hat und im Moment Bildungsangebote zum Themenkomplex „Gewerkschaft und Feminismus“ erarbeitet. Zuletzt hat das Internationale Komitee der FAU über den feministischen Generalstreik in Spanien berichtet und angeregt, diesen auch in Deutschland zu etablieren.

Um diese und andere Initiativen zu bündeln, hat sich Mitte 2017 die FAU-weite feministische Vernetzung fem*fau gebildet. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, Frauen und LGBT innerhalb der FAU zu vernetzen und eine gewerkschaftlich-feministische Strategie für die Praxis zu entwickeln.

Kontakt zur fem*fau:

femfau-kontakt@fau.org

Gewerkschaftliche Solidarität mit Sexarbeiter*innen in Sachsen

Wie sinnvoll die Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen für syndikalistische Gewerkschaften sein kann, zeigt die Arbeit der Initiative Sex Workers Solidarity Dresden, an der die FAU Dresden maßgeblich beteiligt ist. Diese Initiative besteht aus Sexarbeiter*innen und Menschen, die diese solidarisch unterstützen. Sie hat sich gegründet, um gegen die Einführung des sogenannten Prostituierten„schutz“gesetztes zu protestieren. Dieses Gesetz führt, anders als der Name vermuten lässt, zu stärkerer Überwachung, Diskriminierung und Illegalisierung von Sexarbeiter*innen.

Im Widerstand gegen das Gesetz hat Sex Workers Solidarity einiges erreicht. Die Initiative hat erfolgreich in den Gesetzgebungsprozess in Sachsen eingegriffen, sodass dieses noch immer nicht beschlossen ist. Außerdem werden auf der facebook-Seite der Initiative regelmäßig Informationen über den Gesetzgebungsprozess in Sachsen und die Rechte von Sexarbeiter*innen veröffentlicht, um der weit verbreiteten Unsicherheit unter den Betroffenen etwas entgegenzusetzen.

Vor allem aber geht es Sex Workers Solidarity um Selbstorganisation. Die Initative soll als Plattform dienen, über die sich Sexarbeiter*innen in und um Dresden vernetzen und Ressourcen teilen können, um gegen das Gesetz und gegen miese Arbeitsbedingungen vorzugehen. Deswegen haben Chef*innen in der Initiative nichts zu suchen. Die gewerkschaftliche Herangehensweise ist gerade auch in der Sexarbeitsbranche dringend notwendig.

Die Arbeit in der Branche ist prekär, häufig gibt es wenig Wissen über die eigenen Rechte. Die Vereinzelung erschwert es, gute Arbeitsbedingungen einzufordern. Das wird durch das neue Gesetz nur noch verschärft. Außerdem gibt es in der Gesellschaft viele Vorurteile und Unwissen über die Arbeit von Sexarbeiter*innen. Eine gewerkschaftliche Organisierung führt dazu, dass Sexarbeiter*innen mit eigener Stimme sprechen können, während sonst meist nur über sie gesprochen wird.



Mitglieder der Initiative Sex Workers Solidarity protestieren am 9.Februar 2018 vor dem sächsischen Landtag gegen das Prostituiertenschutzgesetz.

Kontakt zu Sex Workers Solidarity:

facebook.com/sexworkerssolidarity

8. März: Den Frauenkampftag zu einem Streiktag machen!

In Spanien streikten zum 8. März, dem Frauenkampftag, 5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter. Der Streik war durch ein Bündnis progressiver Gewerkschaften organisiert worden, darunter auch die Schwestergewerkschaft der FAU, die CNT. Er richtete sich gegen die schlechtere Bezahlung von Frauen, die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit, die v.a. Frauen zufällt und die sexistische Diskriminierung im Alltag sowie für körperliche Selbstbestimmung und das Recht auf Abtreibung. Während des Tags gab es im ganzen Land Streikposten vor Betrieben, feministische Kundgebungen und Demonstration. In Barcelona und Madrid gingen 600.000 bzw. 500.000 Menschen auf die Straße!

Der Streik war nur durch ein breites Bündnis aus unabhängigen feministischen Gruppen und Organisationen und progressiven Gewerkschaften möglich. Auch in Deutschland arbeitet die FAU mit feministischen Gruppen zusammen und auch hier hat die FAU am 8. März in zahlreichen Städten Proteste für Frauenemanzipation unterstützt. Bis es bei uns allerdings zu einem Streik kommt, muss noch viel passieren. In Deutschland herrscht nämlich ein sehr eingeschränktes Streikrecht und Viele bewerten sogenannte „politische Streiks“ als illegal. Die Diskussion um den Streik in Spanien könnte jedoch ein Anfang sein, um die Idee eines feministischen Generalstreiks auch in Deutschland umzusetzen.

Redaktion

Hintergründe zum Streik in Spanien unter:

www.fau.org/artikel/art_180319-202932

Erfolge basisgewerkschaftlicher Kämpfe an Hochschulen

In Berlin, Jena und Frankfurt wehren sich die Studierenden und Arbeiter*innen in der FAU und unter_bau und können erste Erfolge vorweisen. Am 17. November 2018 soll sich auf einer basisgewerkschaftlichen Tagung in Jena darüber ausgetauscht werden.

Die Universitätsbetriebe sind gezwungen, die fehlende Ausfinanzierung durch den Staat in Form eigener Sparprogramme auf dem Rücken der Studierenden und Arbeiter_innen auszutragen.



Uni von Unten – FAU-Betriebszeitung an der Uni Jena

Verbreitete Strategien zur Einsparung von Personalkosten an Hochschulen sind unter anderem die Ausbeutung schlecht- oder unbezahlter Lehrbeauftragter in der Lehre, der missbräuchliche Einsatz schlecht bezahlter studentischer Hilfskräfte für eigentlich tariflich gebundene Aufgaben, Kettenbefristung, die ständige Konkurrenz um Drittmittel, die Wegrationalisierung von Personalstellen in Austeritätspaketen und das Outsourcing infrastruktureller Aufgaben an externe Unernehmen mit schlechteren Arbeitsbedingungen.

Aufgrund fehlender Arbeitsplatzsicherheit, der Spaltung in Statusgruppen und eines akademischen Standesdünkels ist die universitäre Arbeiterschaft bisher kaum gewerkschaftlich organisiert. In den letzten Jahren haben basisgewerkschaftliche Initiativen hier jedoch einige Erfolge vorweisen können.

2016 haben 150 Gründungsmitglieder an der Goethe-Uni Frankfurt die Basisgewerkschaft unter_bau gegründet und seitdem einige kleinere Kämpfe unterstützt. 2017 wurde die Bildungssektion der FAU Jena gegründet und hat zahlreichen studentischen Arbeiter*innen der FSU Jena Lohnnachzahlungen und Vertragsentfristungen durchsetzen können. Seit 2018 beteiligt sich die Bildungssektion der FAU Berlin aktiv an der Streikbewegung für einen Tarifvertrag der studentischen Hilfskräfte an den Universitäten Berlins.

Dabei konnte die FAU Jena den Einsatz studentischer Hilfskräfte zur Unterwanderung des Tarifvertrags an der Uni Jena eindämmen.

In den Universitätsbibliotheken und an weiteren Arbeitsorten wurden zum Januar 2018 tariflich bezahlte Stellen geschaffen bzw. wurden studentische Arbeiter*innen in den Tarifvertrag aufgenommen. Das zeigt, dass Arbeiter*innen an der Uni auch jenseits großer Tarifverhandlungen Einzelforderungen und strukturelle Verbesserungen für Alle erkämpfen können.

Neben den Basisgewerkschaften haben sich mit dem Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGA-Wiss) und der Uni Kassel unbefristet zudem unabhängige und basisdemokratische Initiativen gebildet, die ebenfalls für bessere Arbeitsbedingungen an Hochschulen streiten.

Um sich über Strategien in der Organisierung und für Arbeitskämpfe an den Hochschulen auszutauschen, wird am 17. November 2018 in Jena eine bundesweite basisgewerkschaftliche Tagung stattfinden. Dazu werden Initiativen aus zahlreichen Städten eingeladen und die Möglichkeit bekommen, über ihre Erfahrungen zu berichten. Das Programm wird zeitnah auf jena.fau.org veröffentlicht.

Bildungssektion FAU Jena

Weitere Infos unter:

berlin.fau.org/strukturen/bildung
jena.fau.org/im-betrieb/bildung
unterbau.org
mittelbau.net
unikasselunbefristet.wordpress.com

Dies ist (noch) keine Erfolgsgeschichte

Es war kalt am 19. März in Halle kurz nach dem plötzlichen Wintereinbruch in Mitteldeutschland. Einige Straßen, in die die niedrig stehende Sonne nicht scheinen konnte, waren immer noch vereist und glatt. Wer hier Fahrrad fährt, setzt seine Gesundheit aufs Spiel. Wer beruflich Fahrrad fährt, tut dies auch für den Profit des Chefs. Umso schlimmer, wenn der nicht bereit ist, Krankengeld zu zahlen. Das ist einer von vielen Gründen, warum an diesem kalten Tag ein ehemaliger Kurierfahrer und zwei Dutzend GewerkschaftsaktivistInnen der FAU vor dem Laden des Chefs standen und ihnaufforderten endlich den ausstehenden Lohn des Kollegen rauszurücken. Kurz darauf sahen sich die Beteiligten vor dem Arbeitsgericht Halle wieder.

Der Fahrer forderte unter anderem die Rückzahlung von Miete für Arbeitsmittel, Lohnfortzahlung für einige Krankheitstage, die Bezahlung des kompletten Urlaubs von zwei Jahren und Annahmeverzugslohn für mehrere Monate, in denen er überhaupt keine Schichten erhielt. Alles arbeitsrechtliche Mindeststandards, über die man eigentlich nicht zu diskutieren braucht.

Doch solche Rechtsbrüche sind im Minijobbereich trauriger Alltag. Ein Drittel der Minijobber*innen bekommt keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und über die Hälfte kann keinen bezahlten Urlaub nehmen. Verstöße gegen das Mindestlohngesetz sind hier besonders häufig, wie die Hans Böckler Stiftung herausfand. Die Bosse schaffen sich durch die Beschäftigung vieler Minijobber*innen ein Arbeitsumfeld, in dem es ihnen besonders leicht fällt, den dauerhaften Rechtsbruch aufrechtzuerhalten und das Betriebsrisiko auf die Beschäftigten abzuwälzen. Da die Arbeit auf viele Schultern verteilt wird, sind Einzelne leicht zu ersetzen. Der ständige Wechsel der Kolleg*innen verstärkt die Vereinzelung und erschwert die Organisierung und den Widerstand gegen diese Ausbeutung.



Die Folgen für die Betroffenen sind Prekarisierung und drohende Altersarmut. Für die Bosse ist das ein Paradies. Der Minijobsektor wächst stetig.

Am Ende der zähen Güteverhandlung stand ein Vergleich im Raum, der angesichts der Schulden des Betroffenen, der infolge der ausbleibenden Lohnzahlungen seine Miete nicht alleine zahlen konnte, viel zu niedrig war. Doch die Aussicht, den vollen Betrag frühestens in 18 Monaten durch ein Urteil zugesprochen zu bekommen, denn der Richter setzte den Kammertermin auf Ende 2019 fest, bewog den Kurier letztlich doch zur Zustimmung.

Das Arbeitsgericht hat sich für die Interessen der Arbeiter*innen an dieser Stelle einmal mehr als stumpfes Schwert erwiesen. Das bestätigt rückblickend die Strategie der FAU Halle, nicht allein auf den Gerichtsweg zu vertrauen, sondern den Boss gleichzeitig öffentlich zu konfrontieren. Dass die anderen Kuriere mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden sind, davon kann keine Rede sein. Dass Widerstand möglich ist und dass es eine solidarische Gewerkschaft gibt, die sie unterstützt, haben sie mit interessiertem Blick beobachtet. Nachhaltige Verbesserungen können nur gemeinsam und im Betrieb erkämpft werden.

Die Saat des Widerstandes ist gesät.

Nepomuk Diener

„Wir verlangen Respekt!“

In den Krankenhäusern hat sich am Pflegenotstand bisher wenig gebessert. Ein Streik für einen Entlastungstarifvertrag in Dachau wurde vom Konzern gemeinsam mit Verdi verhindert. Interview mit Matthias von der Sektion Gesundheits- und Sozialberufe der FAU München.

Pflegenotstand ist in den Medien immer häufiger ein Thema. Wie macht sich das bei euch im Arbeitsalltag bemerkbar?

In der BRD werden von einer Pflegekraft so viele Patient*nnen betreut wie in keinem anderen Land. Studien sprechen von durchschnittlich 13 PatientInnen. In Dachau waren es vor der Übernahme durch den Helios Konzern 15-17.

Jetzt ist eine Pflegekraft für über 20, manchmal bis zu 30, in der Nacht bis 40 Patient*innen zuständig. Bei uns wird der Mangel zu einem großen Teil auch mit angelernten Pflegehilfskräften, zum Teil gar mit Auszubildenden kompensiert. Was das für die Beschäftigten und letztlich für die Patient*nnen bedeutet, liegt auf der Hand.



Viele Kliniken sind kapitalistische Betriebe. Ist da die Ursache für die katastrophale Lage der Pflegekräfte zu suchen?

Eindeutig ja. Die Privatisierung von Krankenhäusern hat in den letzten 10 Jahren eine schwierige Situation in eine unhaltbare gewandelt. Klinikkonzerne verfolgen eine knallharte Gewinnerwartung. Helios ist hierbei als mittlerweile größter Klinikkonzern in Europa im wahrsten Sinne Spitze. Dem Profit wird alles untergeordnet. Personal ist reiner Kostenfaktor und so werden wir auch behandelt.

Das betrifft nicht nur die Pflege, sondern sämtliche Berufsgruppen. Stellenabbau in der Pflege heißt auch, dass Tätigkeiten von Hilfskräften, die in verschiedenen konzerneigenen Lohndumpinggesellschaften beschäftigt sind, erledigt werden.

Du bist Teil einer unabhängigen Betriebsgruppe. Was bedeutet das?

Wir sehen uns als selbstorganisiertes Netzwerk von Beschäftigten, in dem wir unsere Anliegen ungeschönt ausdrücken und Forderungen unmittelbar aufstellen können. Wir müssen nicht ständig ein Organisationsinteresse berücksichtigen oder dort um Erlaubnis fragen. Das hat zu einer nicht unwesentlichen Glaubwürdigkeit verholfen.

Uns, als Menschen, die hier arbeiten, uns wollen wir eine Stimme geben, Selbständigkeit und Selbstbewusstsein ausbauen, zeigen, dass wir ein kollektives Interesse haben. Wir ArbeiterInnen haben jedes Recht ernst genommen zu werden. Wir verlangen Respekt – als ersten Schritt.

Ende letzten Jahres standen die Zeichen bei euch auf Streik. Ein Entlastungstarifvertrag sollte her. Warum ist das bisher gescheitert?

Ausgehend vom Arbeitskampf an der Berliner Charité sollte 2017 in ausgewählten streikfähigen Betrieben personelle Besetzung in Tarifverträgen festgelegt werden. Wir waren einer dieser Streikbetriebe. Helios weigerte sich, überhaupt darüber in den Verhandlungen zu reden. Zwei durchaus kämpferische Warnstreiks im Herbst änderten dies nicht.

In einer Urabstimmung stimmten im Dezember 97,6 Prozent für einen unbefristeten Durchsetzungsstreik. Helios schaffte es in letzter Sekunde, den Streik per einstweiliger Verfügung verbieten zu lassen. Statt aber erneut zum Streik aufzurufen, setzte sich die Tarifkommission zwei Tage später wieder an den Verhandlungstisch. Helios bot an, in den Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) und somit zum TVöD zu wechseln. Nur, im TVöD gibt es weder Reglungen zur Entlastung, noch ist der KAV bereit, diese darin aufzunehmen.

Verdi hat dann den Arbeitskampf gegen den Willen der Beschäftigten abgewürgt und schreckt dabei auch vor Falschinformationen nicht zurück. Geändert hat sich in puncto Arbeitsbedingungen gar nichts, wie denn auch? Helios geht nicht als Verlierer vom Feld. Sie haben Entlastung und einen Streik verhindert. Verdi deutet ihr Vorgehen als politischen Sieg. Wir haben nichts. Das ist Sozialpartnerschaft.





Ämter-Ping-Pong auf der Leinwand

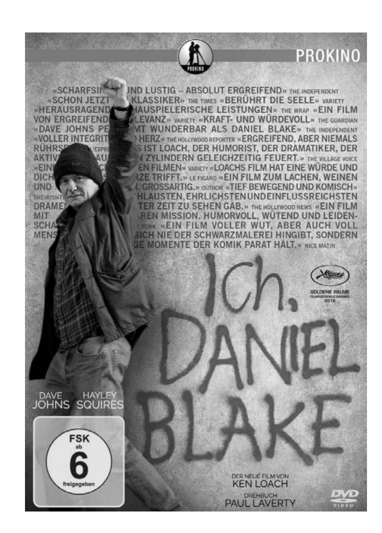
Nach einem Herzinfarkt muss der Zimmermann Daniel Blake Sozialhilfe beantragen, weil er seinen Beruf nicht mehr ausüben kann. Als er dennoch für arbeitsfähig erklärt wird, beginnt für ihn ein Spießrutenlauf, um sich mir Arbeitslosengeld über Wasser zu halten.

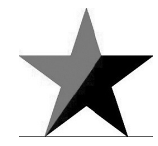
Dabei trifft er die alleinerziehende Mutter Katie und ihre beiden Kinder, die ein ähnliches Schicksal teilen. Die Vier stützen sich gegenseitig, um sich von der psychischen und materiellen Last aus bürokratischen Barrieren, langen Schlangen bei der Tafel, autoritären ArbeitsamtmitarbeiterInnen und Sanktionen nicht erdrücken zu lassen.

Die Geschehnisse, sind im Norden Englands angesiedelt, könnten genau so gut in Leipzig, Köln oder Dortmund passieren.

Der Regisseur Ken Loach, der mit „Land and Freedom“ bereits eine kämpferische Erinnerung an die Milizen des spanischen Bürgerkrieges schuf, zeigt in seinem Sozialdrama „Ich, Daniel Blake“ nicht nur die Empathielosigkeit der Ämter, der die Protagonisten in ihrem Kampf um ein Leben in Würde ausgesetzt sind.

Er zeigt auch die Schönheit der gegenseitigen Solidarität, die neuen Mut schenkt und die es erlaubt, den Peinigern weiterhin mit erhobenem Kopf gegenüberzutreten. „Ich, Daniel Blake“ ist ein Film, der angesichts von Debatten um überfüllte Tafeln, Armut und Hartz4 seine wichtigste Zeit noch vor sich hat.





Allein machen sie dich ein

Die Schikanen des Jobcenters sind vielfältig: Ob sinnlose Maßnahmen oder Sanktionen, durch die man einfachste Bedürfnisse nicht mehr erfüllen kann. Wer dem alleine ausgesetzt ist, kann schnell verzweifeln. Im Ruhrgebiet bietet die FAU darum drei mal monatlich Beratungstermine mit juristisch erfahrenen Personen an. Ein Interview mit Personen der FAU Duisburg/Ruhrgebiet

ALG-II Empfänger*innen müssen sich selten mit Bossen herumschlagen. Warum ist das trotzdem ein Thema für die FAU?

Nachdem zunächst die Beratung als arbeitsrechtlich, klassisch gewerkschaftliche Beratung angeboten wurde, ist uns schnell klar geworden, dass im Umfeld unserer Büros in Duisburg Hochfeld und in der Nordstadt in Dortmund Fragen der Existenzsicherung und Probleme mit der staatlichen Sozialverwaltung in viel größerem Umfang an uns herangetragen werden. Im Übrigen sehen wir aber auch keinen Unterschied zwischen den genannten Bereichen.

Unser Ziel ist ja dem herrschenden System der Arbeit und auch der Verwaltung der Sozialleistungen, die über ein mannigfaltiges System von Maßnahmen, Sanktionen und Gängelungen ein System der „Arbeitssimulation“ darstellen und Teil des Gesamtsystems sind, an möglichst vielen Stellen etwas entgegenzusetzen.

Wir sehen auch gewerkschaftliches Engagement innerhalb der FAU ganzheitlich und beziehen sämtliche Bereiche von Produktion, Reproduktionssphäre und Sozialverwaltung mit ein, da sämtliche Bereiche geprägt und durchzogen sind vom System des Kapitalismus.

Was sind das für Probleme mit denen ihr in der Beratung konfrontiert werdet?

Oft ist es schon der erste Schritt, mit den zu Beratenden die Bescheide durchzugehen und die verschiedenen Positionen zu erklären. Jeder*Jede, die schonmal einen ALG II Bescheid gesehen hat, wird wissen, dass diese nicht ohne Weiteres verständlich und übersichtlich sind.

Ferner geht es oft um Sanktionen, also um Kürzungen der Leistungen oder Nichtberücksichtigung von Sonderbedarfen, wie etwa den Alleinerziehendenzuschlag.

Soweit es uns möglich ist und wir mit den Interessent*innen die Lage so einschätzen und es erforderlich ist, begleiten wir Personen als Beistand zum Amt.

Wie wehrt ihr euch dagegen?

Es geht in der Erstberatung darum Optionen aufzuzeigen und den zu Beratenden das Gefühl zu geben, nicht lediglich ein hilfloses Objekt zu sein. Manchmal bleibt es bei einer Ermutigung durch die Erstberatung, dann wiederum kann es zu einem gemeinsamen Gang zum Amt kommen, wodurch nicht etwa „die Fronten“ verhärtet werden, sondern vielmehr Waffengleichheit hergestellt wird. Es kann aber auch dazu kommen, dass wir wegen der Dringlichkeit oder Komplexität an einen Anwalt verweisen müssen.

Das Jobcenter ist eine riesige Institution. Führt ihr einen Kampf gegen Windmühlen? Welche Perspektiven seht ihr?

Sicher sind wir dem Jobcenter wie allen staatlichen Institutionen tendenziell strukturell unterlegen. Jedoch steht die einzelne zu beratende Person ja nie ausschließlich einem ganzen System gegenüber, sondern ist mit mehr oder weniger fähigen oder verständnisvollen, ablehnenden oder wohlwollenden Sachbearbeiter*innen konfrontiert. Die bereits beschriebene Begleitung als Beistand und Wissen und Information sind unsere Mittel, uns selbst zu wehren und den Menschen, die zu uns kommen Optionen aufzuzeigen.

Neue FAU-Gewerkschaftslokale in Jena und Hannover

Die FAU nutzt in vielen Städten die Räumlichkeiten von Sozialen Zentren und Hausprojekten oder trägt gemeinsame Raumprojekte mit. In den letzten Jahren werden darüber hinaus immer mehr eigene Gewerkschaftslokale eröffnet. FAU-Lokale gab es bereits in Berlin, Düsseldorf und Bielefeld. Nun wurden neue Lokale in Jena und Hannover eröffnet.

In Jena wurde im November 2017 das FAU-Gewerkschaftslokal „Milly Witkop“ in der Bachstraße 22 aufgemacht. Milly Witkop war in der Weimarer Republik Mitglied der Freien Arbeiter-Union (FAUD) und des Syndikalistischen Frauenbunds (SFB) und setzte sich neben ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit für das Recht auf Abtreibung und körperliche Selbstbestimmung von Arbeiterfrauen ein. Im Januar 2018 folgte dann das neue Lokal der FAU Hannover in der Nieschlagstraße 1b. Dort sind seitdem das Allgemeine Syndikat Hannover und die Basisgewerkschaft für Gesundheit und Soziales GGB beheimatet. Zu beiden Lokaleröffnungen kamen jeweils über 100 Personen.



Die Gewerkschaftslokale der FAU sind Orte, an denen Arbeiter*innen, Arbeitslose, Schüler*innen, Student*innen und Renter*innen verschiedenster Hintergründe und aus verschiedenen sozialen Bewegungen zusammenkommen, sich kennenlernen und sich gemeinsam organisieren können. Dazu finden in allen Lokalen regelmäßig offene Veranstaltungen wie Stammtische, Kneipenabende, Filmvorführungen, Gesprächsrunden und Informationsabende statt. Alle sind herzlich eingeladen!

Redaktion

Statt Rechspopulismus oder liberalem Multikulti – gemeinsame Kämpfe mit migrantischen Arbeiter*innen!

Die deutsche Wirtschaft basiert auf der Diskriminierung und Ausbeutung migrantischer Arbeiter*innen. Sie übernehmen die Drecksarbeit, sie werden schlechter bezahlt und sie stellen einen beträchtlichen Teil der flexiblen Reservearmee, d.h. der Arbeiter*innen, die je nach Konjunktur eingestellt und entlassen werden.

Der Rassismus richtet sich aber nicht nur gegen sie, sondern gegen alle Arbeiter*innen, denn er drängt sie in Verteilungskämpfe untereinander, statt dass sie gemeinsam um eine Verteilung von oben nach unten kämpfen.

Die FAU unterstützt deswegen die gewerkschaftliche Organisierung migrantischer Arbeiter*innen. Wo möglich, können sie sich zu eigenständigen Gruppen zusammenschließen. Innerhalb der FAU Berlin besteht so die Foreigners Section.

Sie ist offen für Arbeiter*innen von überall her, ihre Arbeitssprache ist Englisch und sie erhält praktische Unterstützung vom ganzen Syndikat. Die Foreigners Section hat fremdsprachige Informationsmaterialien über Arbeiterrechte in Deutschland erarbeitet und hilft bei der praktischen Durchsetzung dieser.

So hat sie erfolgreich mehreren Kolleg*innen, v.a. in der Gastronomie, Löhne eingetrieben. Derzeit ist sie am Arbeitskampf der Fahradkuriere von Deliveroo und Foodora beteiligt. Ein großer Teil der Fahrradkuriere in Berlin kommt aus dem Ausland und spricht noch kein Deutsch, weswegen alle Veranstaltungen und Veröffentlichungen zweisprachig auf Deutsch und Englisch gehalten werden.

Auch in anderen Städten kämpfen migrantische Arbeiter*innen um ihre Interessen. Mehrere v.a. portugiesische Arbeiter*innen aus Weimar haben sich Anfang 2018 der FAU Jena angeschlossen. Sie arbeiten unter sehr schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen in der italienischen Kleingastronomie Weimars. So hat ein Kollege anderthalb Monate unbezahlt im Weimarer Restaurant „Dal Pescatore“ als Vollzeit-Servicekraft gearbeitet.

Auch trotz mehrfacher Diskussionen und Aufforderungen wurde ihm das Gehalt nicht gezahlt. Mitte März 2018 hat sich dann die FAU Jena eingeschaltet und den Chef angehalten, das ausstehende Gehalt zu überweisen. Da keinerlei Reaktion kam, hat sie den Fall Ende März öffentlich gemacht. Der Konflikt hält an und die FAU Jena hat weitere juristische und gewerkschaftliche Maßnahmen gegen das Restaurant angekündigt.

Konstantin Behrends

FAU – antifaschistisch im Betrieb und auf den Straßen



Seit 2012 hat eine faschistische Bewegung die Straßen und Parlamente Deutschlands erobert – mit einem klaren Schwerpunkt in Ostdeutschland. Hier haben sich die FAU und ihre Mitglieder von Beginn an klar positioniert. FAU-Syndikate haben beispielsweise die Proteste gegen die Aufmärsche von Neonazis wie den Dritten Weg oder Pegida mitorganisiert und unterstützt.

FAU-ler*innen haben während rechter Pogromversuche Flüchtlingsheime mitgeschützt und in nazi-dominierten Gegenden wie Ostthüringen und Ostsachsen Flüchtlingsproteste unterstützt und Flugblätter gegen Rassismus verteilt. Ab 2017 haben FAU-Syndikate öffentlich gegen die von der DGB-Führung tolerierten Umtriebe faschistischer AfD-Funktionäre in den DGB-Gewerkschaften und bei den Demos gegen die Betriebsschließungen von Siemens in Erfurt und Görlitz protestiert. Darüber hinaus wurde beispielsweise einem Erfurter Schulsozialarbeiter geholfen, der auf Arbeit von Neonazis angegriffen und daraufhin gekündigt wurde.

Das hat mehrere FAU-Mitglieder zur Zielscheibe von Neonazi-Angriffen und staatlicher Repression gemacht. Darauf hat die Regionalföderation der FAU in Ostdeutschland nun mit der Einrichtung eines gewerkschaftlichen Selbstschutzfonds reagiert. Er soll FAU-Mitgliedern durch politische und finanzielle Unterstützung Mut machen, trotz drohender staatlicher Verfolgung und Neoanzi-Angriffen weiterhin auf der Straße und im Betrieb gegen Rassismus und Faschismus aufzustehen.

Frauenkampftag 2018: Solidarität mit den Gefangenen-Gewerkschafterinnen der JVA Chemnitz

40.000 von 65.000 Gefangenen in Deutschland arbeiten. Sie erhalten einen Stundenlohn von 1-2€ und sind aus dem Sozialversicherungssystem ausgeschlossen. Seit 2014 organisieren sich inhaftierte Arbeiter*innen in der Gefangenen-Gewerkschaft GG/GO. Sie fordern Mindestlohn, Sozialversicherung und Gewerkschaftsfreiheit.

Auch in der Frauen-JVA Chemnitz gibt es seit 2016 eine Sektion inhaftierter Gewerkschafterinnen, die in den letzten Monaten v.a. gegen die Folgen von Personalmangel und Überbelegung protestiert hat – u.a. mit einem Sitzstreik von 40 Gefangenen im Sept. 2017.

Anlässlich des Frauenkampftags haben die GG/BO-Soligruppen am 11. März eine Demonstration zur JVA Chemnitz organisiert. Sie wurde neben feministischen und anarchistischen Initiativen aktiv von der FAU in Mitteldeutschland unterstützt. 250 Leute zogen zur JVA, protestierten gegen die Unterdrückung von Frauen, forderten mehr Rechte für Basisgewerkschaften und machten lautstark auf die Situation der Gefangenen aufmerksam. Nach Beendigung der Demonstration wurden über 40 Personen von der Polizei angegriffen und angezeigt. Für die Strafverfolgten sammelt die GG/BO nun Spenden. Die Demo war trotz allem ein starkes Zeichen für das Zusammengehen von feministischer und Basisgewerkschaftsbewegung sowie für den gemeinsamen Kampf von Arbeiter*innen von drinnen und draußen.



Solidaritätsgruppe Jena der Gefangenen-Gewerkschaft

Mehr Infos zur Gefangenen-Gewerkschaft unter:

ggbo.de

Streiks oder Strafen für verspätete Lieferungen: Essenslieferdienste in China

Nicht nur in Deutschland und Europa, auch im fernöstlichen China boomt der Markt für Essenslieferungen. Während die Arbeitsbedingungen und der Automatisierungsgrad in deutschen und chinesischen Fabriken oft sehr unterschiedlich sind, entwickeln sich die Essenslieferdienste zeitgleich und schaffen sehr ähnliche Arbeitsbedingungen hier wie dort. Und auch in den fernöstlichen Großstädten ist dieser Boom ein einziges Hauen und Stechen, das auf dem Rücken der Fahrer*innen ausgetragen wird.

Die Fahrer*innen kommen fast alle aus ländlichen und ärmeren Gegenden zum Arbeiten in die Großstädte. Ihre Beschäftigungsverhältnisse sind sehr chaotisch, denn neben den beiden großen Plattformen Ele.me und Meituan gibt es zahlreiche kleine Subunternehmer, die Aufträge von den großen Plattformen annehmen und Fahrer für sich arbeiten lassen. Dazu kommt Crowdsourcing (zhongbao). Die meisten Fahrer werden pro Lieferung bezahlt und erhalten keinen Basislohn pro Stunde.



Sie können sich jeder Zeit über die Handy-App einloggen, dann erhalten sie verfügbare Aufträge angezeigt und können sie annehmen oder ablehnen.

Die wichtigsten Unterschiede zu Deliveroo und Foodora sind die hohen Strafen fürs Zuspätkommen und die Möglichkeit, bis zu sechs Aufträge gleichzeitig anzunehmen. FahrerInnen sehen nicht nur die Adresse des Restaurants, sondern auch die der Kunden und können Lieferungen eigenmächtig kombinieren, wenn diese auf einer Strecke liegen. Dadurch können sie bis über 40 Lieferungen am Tag zustellen. Aber so erhöht sich auch der Stress und die Gefahr der Verspätung. Bei Verspätung von über 30 oder 40 Minuten (je nach Stadt und App) gilt die Lieferung als nicht zugestellt und die Fahrerin muss sie selbst bezahlen. Wer mit mehreren, parallelen Bestellungen in einem kaputten Fahrstuhl stecken bleibt, verliert leicht seinen gesamten Tageslohn oder mehr. Unter solchem Zeitdruck sind natürlich auch Unfälle sind an der Tagesordnung.

Für chinesische Arbeiter*innen in solch prekären Jobs ist es nahezu unmöglich, sich längerfristig zusammenzuschließen. Dennoch organisieren viele Fahrer*innen Proteste und Blockaden von Büros und Restaurants, um ausstehende Löhne einzufordern oder die Senkung von Lieferhonoraren zu verhindern. Sie erlangen damit relativ viel öffentliche Aufmerksamkeit und mitunter auch kleinere Erfolge.

Gustav Feder

Einen ausführlicheren Artikel gibt es auf:
direkteaktion.org

Kampf an zwei Fronten

Überall in Europa werden Kulturinstitutionen auf Kosten der Beschäftigten zusammengekürzt oder privatisiert. Gleichzeitig erhöhen rechte Regierungsparteien den Druck auf die Kulturinstitutionen, um sie zu Orten patriotisch-christlicher Folklore und Propaganda umzufunktionieren.

«Wir überlassen Ihnen nicht die Kultur!» Arbeiter*innen am Theater Polski im Kultur- und Klassenkampf

Zum Programm der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) gehört der komplette Austausch aller Leiter von Kulturinstitutionen, die im Verdacht stehen, «antipolnische» Kultur zuzulassen, worunter alles fällt, was nicht ins Weltbild des reaktionären katholischen Nationalismus der Regierenden passt.

Am Theater Polski in Wroclaw aber sah sich der neu eingesetzte Theaterchef bald entschlossenen Belegschaftsprotesten gegenüber, sowohl gegen dessen regierungstreue Agenda als auch seinen Sparplan. Die Betriebs-Kommission der anarchosyndikalistischen Inicjatywa Pracownicza (IP) forderte ihn zunächst zu Verhandlungen auf, über Gehaltsanpassungen, Erhalt der Belegschaft, Einrichtung von Kinderbetreuung. Die Theaterarbeiter*innen sahen sich aber schließlich zum Streik gezwungen, organisierten erfolgreiche Proteste und kämpfen weiter für die Demokratisierung des Theaters und den Rücktritt des Theaterchefs. Unterstützung erhalten sie mittlerweile von Kulturarbeiter*innen in ganz Polen.

Auch der spanische Staat unter der regierenden rechten Partido Popular (PP), der in den letzten Jahren gnadenlos die öffentliche Kultur durch Kürzungen und Steuererhöhungen für Kulturgüter zerlegt hat, scheint eine große Angst vor widerständiger Kultur zu haben. Anders lässt sich kaum erklären, dass immer wieder Kunstschaffende als «Terroristen» vor die Gerichte gezerrt und ins Gefängnis gesteckt werden. Für die

Puppenspieler als Terroristen im Gefängnis

Puppenspielergruppe «Títeres desde Abajo» (Handpuppen von unten), reichte es, in einer politischen Satire die baskische ETA zu thematisieren, um wegen «Verherrlichung des Terrorismus» eingesperrt zu werden.

Die Madrider Branchengewerkschaft für Kultur und Kommunikation (Artes Gráficas, Comunicación y Espectacúlos) der CNT, der einer der Puppenspieler angehört, unterstützte die Gruppe bis zur Freilassung und prangert die willkürliche Verletzung der Kunstfreiheit durch den spanischen Staat an. In einer Stellungnahme zur jüngsten Beschlagnahmung des Romans «Fariña» von Nacho Carretero, der Zensur von Installationen des Künstlers Santiago Sierra sowie mehrjähriger Haftstrafen gegen Rapper wegen des Inhalts von Liedtexten, fordert die Gewerkschaft die Einhaltung der Menschenrechte: «Unehrerbietigkeit ist kein Verbrechen». Die anarchosyndikalistische Kulturgewerkschaft kämpft nicht nur für würdige Arbeitsbedingungen, sondern auch gegen die Wiederkehr franquistischer Verhältnisse.

In Deutschland drohen ähnliche Szenarien, wenn die AfD auf Erfolgskurs bleibt. Dem kulturpolitischen Programm der AfD zufolge haben Theater in Zukunft «deutsche Stücke» mit dem «Bekenntnis zu Strenge, Form und Stil» zu spielen und als volkspädagogisches Instrument der deutschen «Nationalbildung» zu dienen.

Welche Zukunft hat die Kultur zwischen Kahlschlag und autoritären Entwicklungen?

Diese Kampfansagen an den Kulturbetrieb, ob ideologisch oder einer neoliberalen Sparpolitik verpflichtet – sollten aber auch in Zukunft nicht nur mit Kulturlobbyismus beantwortet werden. «Es ist nach wie vor notwendig, dass wir uns selbst daran erinnern, dass unsere Mitarbeiterinteressen nicht mit denen des Managements übereinstimmen», lautet das Fazit gewerkschaftlich Aktiver nach einer internationalen Konferenz syndikalistischer Gewerkschaften der Kulturbranche in Warschau Ende 2017.

Bei der Konferenz standen die Arbeitsbedingungen im Fokus: Wie können wir Scheinselbstständigkeit und unbezahlte Beschäftigung im Kulturbetrieb bekämpfen? Wie lässt sich Outsourcing verhindern? Wie können wir gewerkschaftliche Selbstverwaltungsmodelle in Kulturbetrieben aufbauen?

Diese Fragen stellen sich Kulturarbeiter*innen über Ländergrenzen hinweg, auch in der neugegründeten Sektion Kultur und Medien der FAU Berlin, die selbstbewusst als Ziel vorgibt, «dort gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, wo es Gewerkschaften sonst schwer haben». Neue Ansätze sind notwendig in einer Branche, deren Zukunft auf dem Spiel steht.

Clemens Melzer

Union Coop – Gewerkschaftliche Kollektivbetriebe

Die FAU unterstützt den Aufbau von gewerkschaftlichen Kollektivbetrieben, in denen ArbeiterInnen ohne Chef, solidarisch miteinander und in Anbindung an ihre Gewerkschaft arbeiten können. In Berlin gibt es bereits mehrere miteinander föderierte Kollektivbetriebe.

www.union-coop.org



Direkte Aktion – die Zeitung der FAU

Die Direkte Aktion (DA) ist die gewerkschaftliche Zeitung der FAU. Sie erscheint einmal jährlich als kostenlose Verteilzeitung zum Ersten Mai und dauerhaft als Online-Zeitung.

direkteaktion.org



Impressum

Die „Direkte Aktion" wird herausgegeben von der Geschäftskommission der Freien Arbeiter*innen Union (FAU).
Ludwigstraße 37, 06110 Halle, geko@fau.org

V.i.S.d.P. Thorsten Hallmann,

Erscheinungsdatum: 22. April 2018

Druck: Union Druck Berlin



Was ist die FAU?

Die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) ist eine bundesweite Föderation von Basisgewerkschaften, d.h. die lokalen Gewerkschaften sind eigenständige Organisationen, die sich auf regionaler und Bundesebene miteinander koordinieren.

So werden alle Entscheidungen von unten nach oben getroffen und nicht von oben vorgegeben. In der FAU gibt es keine bezahlten Funktionäre. Stattdessen werden alle anfallenden Aufgaben auf möglichst vielen Schultern verteilt und alle Entscheidungen gemeinsam in Vollversammlungen getroffen.

Wir verstehen uns als Selbstorganisation für alle Lohnabhängigen, wozu wir neben ArbeiterInnen auch SchülerInnen, StudentInnen, RentnerInnen und Arbeitslose zählen.

Wir lehnen die Sozialpartnerschaft, d.h. die Zusammenarbeit zwischen DGB-Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Staat, ab und sind vollkommen unabhängig von Parteien, staatlichen Einrichtungen und NGOs. Wenn wir uns als Lohnabhängige zusammentun, können wir die Macht aufbauen, unsere Forderungen über direkte Aktionen und Kämpfe durchzusetzen.

Statt der herrschenden Ausbeutung, Zerstörung und Unterdrückung von Mensch und Natur setzt sich die FAU für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein, die auf Solidarität und Selbstverwaltung basiert und in der alle ein gutes Leben führen können.

www.fau.org

Wie kann ich mitmachen?

Mehr Informationen über die FAU, unsere Arbeitskämpfe und Möglichkeiten, sich einzubringen und Mitglied zu werden, findet ihr unter: www.fau.org. Falls es die FAU in deiner Stadt noch nicht gibt, schreib gerne dem nächstgelegenen Syndikat oder der Geschäftskommission unter:

fau.org/ortsgruppen





Kommende Veranstaltungen (Auswahl)

2. Mai | 19:30 – 22:00 | Limes Köln, Mühlheimer Freiheit 150, 51063 Köln
Offenes Treffen des Syndikats Köln-Aachen

3. Mai | 20:00 – 22:00 | grenzenlos, Adlerstraße 12, 79098 Freiburg
Arbeitskampfworkshop der FAU Freiburg „Schritte gegen zu wenig Lohn für zu viel Lebenszeit"

4. Mai | 19:00 | ORI in der Friedelstr. 8, 12047 Berlin (U-Bhf. Hermannplatz)
Buchvorstellung mit Harald Rein: „Wenn arme Leute sich nicht mehr fügen" von der Solidarischen Aktion Neukölln und FAU Berlin über Protest und Widerstand armer Menschen von der Weimarer Republik bis heute

5. Mai | 11:00 – 15:00 | FAUD-Lokal, Volmerswertherstr. 6, 40221 Düsseldorf
Frauen-Café der FAU Duisburg

8. Mai | 18:30 | FAUD-Lokal, Volmerswertherstr. 6, 40221 Düsseldorf
Eine andere Gewerkschaft ist nötig! Eine Einführungsveranstaltung zu Geschichte und Perspektiven, Theorie und Praxis der FAU

12. Mai | 11:00 | Großer Saal im Haus auf der Mauer, Johannisplatz 26, 07743 Jena
Veranstaltung der Bildungssektion der FAU Jena zu Honorararbeit und Lehraufträgen

23. Mai | 17:00 | S-Bahnhof Buch (Pankow) in Berlin
Demonstration in Berlin-Buch in Gedenken an Dieter Eich, der im Mai 2000 als „Assi" von Neonazis ermordet wurde. Unterstützt von der FAU Berlin, Infos unter niemandistvergessen.blogsport.eu

26. Mai | 12:00 | Hauptbahnhof Solingen
Gedenkdemonstration an den rassistischen Brandanschlag von Solingen, unterstützt von der FAU Solingen. Infos unter solingen1993.info

30. Mai | 19:00 | in der Baracke am Aasee, Scharnhorststr. 100, 48151 Münster
„There is power in the Union" - Info, Kultur und Party mit der FAU Münsterland. Programm auf muenster.fau.org.

8. Juni | 19:00 | Schwarze Katze, Fettstraße 23, 20357 Hamburg
Veranstaltung mit Vera Bianchi über den Syndikalistischen Frauenbund

11. Juni | 19:00 | wildwest, Alphornstr. 38, 68169 Mannheim
Amazon, Foodora & Co: Digitaler Kapitalismus und der globale Widerstand dagegen. Praktischer Diskussionsabend

16. Juni | Annaberg-Buchholz
Von der FAU Dresden unterstützte Demonstration für das Recht auf Abtreibung und gegen den konservativen und antifeministschen „Schweigemarsch". Infos unter schweigemarsch-stoppen.de

17. November | 11:00 | Großer Saal im Haus auf der Mauer, Johannisplatz 26, 07743 Jena
Basisgewerkschaftliche Tagung zur Arbeit im Bildungssektor und an Universitäten